

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

27. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. August 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung des

Abg. Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert	4
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1575	
2. Stand der Vorbereitungen der 7. Ostseeparlamentarierkonferenz am 7./8. September 1998 in Lübeck	6
hierzu: Umdrucke 14/2258, 14/2272	
3. Einführung in den Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landes- regierung 1998	7
4. Bericht der Landesregierung zur Situation des „European Centre of Minority Issues“	9
5. Information/Kenntnisnahme	11
6. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1575

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den Wirtschaftsausschuß und alle übrigen Ausschüsse)

Als Antragsteller trägt Abg. Jost de Jager zunächst die Gründe für das Vorlegen des Antrages vor. Er bezeichnet den Antrag als eine Fortschreibung des sogenannten „Steinbrück/Walter-Papiers“, dessen Ansatz von seiner Fraktion als richtig angesehen werde. Mit dem Antrag wolle man nun versuchen, an die Umsetzung dieses Papiers heranzugehen. Um dies verwirklichen zu können, benötige man zunächst entsprechende infrastrukturelle Voraussetzungen, wie sie im Antrag zum Ausdruck kämen.

Die in der Einleitung zu findende Konzentration zunächst auf den Bildungsbereich und den Wirtschaftsbereich habe ihren Grund darin, daß zum einen Schleswig-Holstein im Bildungsbereich als Land Einfluß nehmen könne und zum anderen im wirtschaftlichen Bereich Rückschlüsse aus dem Ostseeraum als schnell wachsenden Wirtschaftsraum zu ziehen seien. An diesem Wirtschaftswachstum gelte es teilzunehmen.

Abg. Bernd Saxe vermißt die von Abg. Jost de Jager vorgetragenen mündlichen Begründungen im schriftlichen Antrag und bezeichnet den Antrag als insofern wenig zukunftsweisend. Er sehe in dem Antrag nur eine Zusammenstellung früherer CDU-Initiativen. Er empfehle deshalb Ablehnung des Antrages.

Abg. Jost de Jager hält entgegen, daß die früheren CDU-Initiativen auch deshalb aufgelistet worden seien, weil sie stets von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden seien. Insofern sei eine Zusammenfassung durchaus als vertretbar anzusehen.

Abg. Uwe Döring drückt seine Verwunderung darüber aus, daß Anträge überhaupt an die Ausschüsse überwiesen würden, wenn von Anfang an feststehe, daß im Plenum keine Zustimmung erfolgen werde.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P. wird der Antrag dem federführenden Wirtschaftsausschuß zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Stand der Vorbereitungen der 7. Ostseeparlamentarierkonferenz am
7./8. September 1998 in Lübeck**

hierzu: Umdrucke 14/2258, 14/2272

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens beginnt seinen Bericht mit den Hinweis, daß die Vorbereitungsarbeiten weitgehend abgeschlossen seien. Er wiederholt seine vom Juni 1998 ausgesprochene Einladung an die Ausschußmitglieder, an der Konferenz als Beobachter teilzunehmen, und bittet, sich rechtzeitig dafür anzumelden.

Sodann erläutert Landtagspräsident Heinz-Werner Arens anhand der Umdrucke den vorgesehenen Ablauf der Konferenz. Eine letzte Fassung der zu verabschiedenden Resolution finde sich in Umdruck 14/2258. Diese Resolution werde sich im Gegensatz zu früheren Resolutionen inhaltlich auf das Konferenzschwerpunktthema stützen, auch wenn die Resolution als solche in ihrer Struktur wegen des Wiedererkennungswertes unverändert geblieben sei. Die Aussagen seien so formuliert, daß eine tatsächliche Umsetzung erleichtert werde. Neu dagegen sei die Zusammenarbeit der Konferenzmitglieder auch mit Nichtregierungsorganisationen.

Im weiteren schildert Landtagspräsident Heinz-Werner Arens seine Vorstellungen über die weitere Stärkung der Kompetenzen der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades sowie der Erweiterung ihrer Aktivitäten. Wenn man Erfolg mit diesen Überlegungen haben werde, dann werde sich dies auch auf die Arbeit des ständigen Komitees auswirken, das nach seinen, Präsident Arens, Vorstellungen die Realisierung der Konferenzbeschlüsse überwachen sollte. Im übrigen sollte das ständige Komitee auch daran gehen, eine Geschäftsordnung für die Parlamentarierkonferenz auszuarbeiten. Ein eigenes Sekretariat benötige die Ostseeparlamentarierkonferenz nach seiner Meinung allerdings nicht; denn die Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Nordischen Rates funktioniere ausgezeichnet.

Im Anschluß an die Ausführungen von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens schildert Dr. Joachim Köhler die Presseaktivitäten, die dazu beitragen sollen, die Parlamentarierkonferenz rechtzeitig und intensiver als bisher in der breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Der Ausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Einführung in den Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 1998

Ausführlich schildert Minister Gerd Walter die Grundzüge des Berichts und nimmt die Berichterstattung zum Anlaß, Bilanz zu ziehen. Er verweist dabei ein weiteres Mal auf die Folgen der nördlichen Dimension der Ostseepolitik - Stichwort finnische Initiative zur nördlichen Dimension der Europäischen Union - und den damit verbundenen Einfluß- und Bedeutungsverlust für Deutschland, den es mit einer aktiveren Rolle Deutschlands im Ostseebereich aufzufangen gelte.

Im weiteren schildert Minister Gerd Walter die neuen Entwicklungen in der Zusammenarbeit mit den Ostseeländern und betont, daß in Hamburg ein begrüßenswerter Sinneswandel mit der Konsequenz stattfinde, daß die Ostseepolitik für Hamburg in Zukunft einer der Schwerpunkte sein könnte. Die Veränderung der Koordinaten in der Ostseeregion und die hochdynamische Entwicklung in einigen grenzüberschreitenden Subregionen machten es notwendig, Schleswig-Holstein in diesem neuen Wettbewerb zu stärken. Erwähnenswert sei, so meint Minister Walter, dabei die künftige Rolle Berlins als eine der größten strukturpolitischen Chancen, die Norddeutschland jemals gehabt habe.

Als dringend zu lösende Probleme bezeichnet er eine intensivere Vertretung der Ostseepartner in Brüssel, ein aktiveres Einbringen Deutschlands in das Sekretariat des Ostseerates sowie eine stärkere Nutzbarmachung der Strukturfondsmittel im Rahmen der Fortschreibung der einzelnen Strukturfondsprogramme.

Im übrigen erinnert Minister Walter an seine früheren Appelle, alle gesellschaftlichen Gruppierungen in die Ostseepolitik mit einzubinden. Er fordert eine selbstkritische Diskussion aller Betroffenen zu den Themen, in denen Schleswig-Holstein etwas bewegen müsse.

Einer der Schwerpunkte der sich anschließenden Diskussion ist die Arbeitsmarktpolitik im deutsch-dänischen Grenzrahmen. Der Ausschuß behält sich vor, diese Thematik in einer weiteren Sitzung gegen Jahresende im Wege des Selbstbefassungsrechts im Kontakt mit dem Sozialministerium noch einmal aufzugreifen.

Des weiteren geht der Ausschuß davon aus, daß eine breite Debatte über den Bericht noch im Oktober-Plenum stattfinden und die einzelnen Themen auch weiterer Diskussionsstoff in den Ausschußsitzungen sein werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur Situation des „European Centre of Minority Issues“

Abg. Jost de Jager begründet die kurzfristige Einbringung des Tagesordnungspunktes mit Presseberichten und der Sorge über Spekulationen, daß eventuell der Standort Flensburg für das European Centre of Minority Issues von Nachteil sein könnte, weil kein ausreichend wissenschaftliches Umfeld dort vorhanden sei.

MR Heinz Jaekel betont demgegenüber, daß das vor gut eindreiviertel Jahren errichtete European Centre of Minority Issues inzwischen erfolgreich arbeite. Daß dessen Direktor nun das Institut verlasse, habe ausschließlich private Gründe. Das European Centre of Minority Issues habe in den letzten 1,5 Jahren beachtliche Aktivitäten entwickelt. Auf Foren seien bereits Vertreter von Minderheiten zum Beispiel aus Moldawien und der Ukraine zusammengekommen. Dabei habe sich herausgestellt, daß Flensburg als Standort keine Schwierigkeiten für solche Zusammenkünfte mache. Im übrigen sei der Standort Flensburg für das Land unverzichtbar, weil es Conditio gewesen sei, dieses Institut überhaupt gründen zu können. Auch Bonn stehe voll hinter dem Standort, und die Entscheidung für Flensburg sei inzwischen auch von Dänemark voll akzeptiert.

Spekulationen, so fährt MR Jaekel fort, daß nicht genügend wissenschaftliches Potential in Flensburg vorhanden sei, könne entgegengehalten werden, daß heute über die vielen vorhandenen Kommunikationsmittel die Standortfrage nicht mehr so sehr im Mittelpunkt stehen müsse. Im übrigen habe man sehr schnell qualifizierte Mitarbeiter gewinnen können, was sicherlich auch für den Standort spreche. Alle fünf Stellen seien mit internationalen Wissenschaftlern besetzt.

Die Äußerung des scheidenden Direktors über Flensburg müsse allerdings als etwas unglücklich bezeichnet werden, sie könne aber den Standort Flensburg selbst nicht betreffen.

Abg. Jürgen Weber spricht von gewissen Mißverständnissen im Raume Flensburg, was das Institut überhaupt sein solle. Auch wenn das als ein Problem der Einbettung ins vorhandene Milieu interpretiert werden könnte, so sei doch festzuhalten, daß es sich nicht um ein weiteres Grenzlandinstitut handele, sondern um ein europäisches Minderheitenzentrum generell, in welchem Pionierarbeit geleistet werde. Solche Pionierarbeit sei häufig auch schwierige Kärnerarbeit, die es zu bewältigen gelte.

Abg. Dr. Ekkehard Klug schließt sich diesen Überlegungen an und geht davon aus, das In-seldasein, das dieses Institut zur Zeit noch etwas führe, möglichst durch Kontakte auch zur Flensburger Universität beenden zu können.

Abg. Jost de Jager spricht arbeitsrechtliche Schwierigkeiten an, die es - wie er einem Artikel im „Flensburg Avis“ entnehme - gegeben haben solle. Außerdem regt er an, darüber nachzudenken, wie sich dieses Institut in der Öffentlichkeit in der Zukunft darstellen solle.

Amtsrat Uwe Pauls verweist auf das Abkommen zwischen Bundesinnenministerium und dänischem Forschungsministerium, in welchem in einem speziellen Artikel festgehalten werde, daß eine wissenschaftliche Kommission eine Evaluierung der Arbeit des European Centre of Minority Issues - erstmals festgeschrieben für das Jahr 2002 - vornehmen werde. Damit werde auch die Effektivität dieses Instituts garantiert.

Der Ausschuß einigt sich, das Thema zu gegebener Zeit erneut im Ausschuß zu behandeln.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- a) Umdruck 14/2235, Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und dem Kaliningrader Gebiet

Der Vorsitzende schildert den Hintergrund des Schreibens von Landtagspräsident Arens und teilt mit, daß in der Nachbereitung der Danzigreise versucht worden sei, Schlußfolgerungen zu ziehen und geeignete Aktivitäten einzuleiten. Die Vorschläge zum Oblast Kaliningrad beruhten auf dem Eindruck der Reiseteilnehmer, daß es einerseits eine sehr starke Diskrepanz zwischen der dortigen Verwaltungsstruktur mit noch sehr starken Zügen des sowjetischen Regierungssystems gebe und der Gebietsduma andererseits, die sich den europäischen parlamentarischen Gepflogenheiten schon angenähert habe. In den Gesprächen sei auch deutlich geworden, daß in Kaliningrad noch kein richtiger Diskussionsprozeß über die künftige Rolle dieses Gebietes insbesondere in einer sich erweiternden Europäischen Union, stattgefunden habe. Es herrsche immer noch ein geo-strategisches Denken vor.

Daraus sei dann der Gedanke geboren, sich als Parlamentarier an der Ausgestaltung der zukünftigen Rolle Kaliningrads durch eine Reihe von Veranstaltungen zu beteiligen, um die entsprechenden Inhalte zu definieren. Das Hanse-Office stehe diesen Überlegungen offen gegenüber. Die Thematik sei auch in der Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz angesprochen worden und der Ausschuß sollte diese Thematik ebenfalls im Auge behalten.

Der Ausschuß einigt sich darauf, sich in der Sitzung am 23. September über INTERREG II C insgesamt berichten zu lassen und dabei auch das Thema der Förderung konkreter Projekte mit Kaliningrad - einschließlich der von Abg. Claus Ehlers gemachten Vorschläge - aufzugreifen.

- b) Umdruck 14/2236, öffentliche Anhörung vor Freisetzungsversuchen genetisch veränderter Organismen

Der Umdruck 14/2236, öffentliche Anhörung vor Freisetzungsversuchen genetisch veränderter Organismen, wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt das im Anhang beigefügte Schreiben der Europäischen Bewegung bekannt. Der Ausschuß einigt sich, sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen in Form gemeinsamer Veranstaltungen, eventuell auch im Landeshaus, nicht aber als Ausschußsitzungen.

Im weiteren gibt der Vorsitzende zwei weitere Eingänge, nämlich erstens den Jahresbericht 1997 des Hanse-Office, Umdruck 14/2264, und zweitens den Bericht über die Fördermittel der EU im vergangenen Jahr bekannt und schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Uwe Döring

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin